

gruppen im allgemeinen leitete, hatte sie auch diese Beratung vorbereitet. Sie hatte nicht untersucht, wie die Leitungen der Abteilungsparteiorganisationen mit den Gruppen arbeiten, hatte keine Schlußfolgerungen aus den Mängeln gezogen und wußte wenig von guten Beispielen. Es mußte der Eindruck entstehen, als ob es zur Gruppenarbeit im Betrieb nichts zu sagen gäbe. Doch das stimmt nicht.

Betrachten wir zum Beispiel die Arbeit der Gruppen in der Abteilungsorganisation des Abschnitts Abraum Süd bei der Kandidatengewinnung. Dort machte man aus der Gewinnung der besten Kollegen für unsere Partei keine Kampagne, sondern beschäftigte sich systematisch mit den fortschrittlichsten parteilosen Arbeitern. Der Plan dafür war nach Beratung mit den Parteigruppen entstanden. 16 dieser Arbeiter sind heute Kandidaten unserer Partei. Um jeden Kandidaten kümmert sich ein Pate, ein bewährter Genosse, der sich für die politische Entwicklung des Kandidaten verantwortlich fühlt. Mit jedem zukünftigen Kandidaten wurde über das Statut gesprochen und ihm beim Ausfüllen des Fragebogens Hilfe gegeben. Zeitlich begrenzte Parteaufträge qualifizieren den Kandidaten. Monatlich wird in den Gruppen über die Entwicklung der Kandidaten gesprochen, und es wird darauf geachtet, daß sie durch die Mitarbeit in den Parteigruppen auf ihre Aufnahme in die Mitgliedschaft vorbereitet werden. Dadurch war es auch in dieser Abteilungs-Parteiorganisation möglich, neue Parteigruppen in den einzelnen Schichten zu bilden und den bisherigen Zustand zu überwinden, daß sich die Genossen der verschiedenen Parteigruppen über mehrere Schichten verteilten.

Weder die Leitung der Betriebsparteiorganisation noch die Sekretäre der Kreisleitung dringen in die Gruppenarbeit so tief ein, um solche guten Beispiele zu analysieren und zu überlegen, wie man diese Erfahrungen allen Gruppen zugänglich macht. Darin besteht unter anderem die Vernachlässigung der Parteigruppenarbeit.

Die Vernachlässigung der Arbeit mit den Parteigruppen ist ein ernstes Hemmnis für die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und damit für die Durchsetzung der Leninschen Normen des Parteilebens. Sie zeigt, daß einzelne Parteileitungen in dieser Beziehung keine ausreichenden Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz gezogen haben.

Die innerparteiliche Demokratie verbürgt, wie es auch im Statut festgelegt ist, jedem Parteimitglied und Kandidaten das Recht, frei und sachlich in den Parteiorganisationen zu allen Fragen der Politik der Partei Stellung zu nehmen, und sie verpflichtet jeden Genossen zu höchster Aktivität. Zu dieser Pflichterfüllung müssen aber die Parteimitglieder und vor allem die Kandidaten erzogen werden. Es gibt auch heute noch bei einem Teil der Genossen in dieser Beziehung eine gewisse Zurückhaltung bzw. keine genügende Auseinandersetzung über Unklarheiten und falsche Auffassungen. Aber die erfreulichste Feststellung bei der Vorbereitung der 3. Parteikonferenz und der Durchführung der Wahlen war gerade die, daß sich die Diskussion über ideologische Probleme auch in den Parteigruppen entwickelte und daß sich durch die systematische politische Arbeit im Gebiet der Parteigruppe die Aktivität der Genossen wesentlich erhöhte. Wenn man feststellen muß, daß die Aktivität in den Grundorganisationen in letzter Zeit nachgelassen hat, so liegt eine der Ursachen in der mangelnden Arbeit mit den Parteigruppen.